

PRÄSIDENTIALREDE

Lugano, 2. Juli 2021

Rede von Dr. Rolf Dörig, Präsident Schweizerischer Versicherungsverband SVV, am «Tag der Versicherer» 2021 im LAC in Lugano

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin der Finma,
Herr Präsident des europäischen Versicherungsverbandes,
Herren Präsidenten der drei schweizerischen Wirtschaftsdachverbände,
Damen und Herren Gäste aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Medien,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus dem SVV

Ich begrüsse Sie alle herzlich zum «Tag der Versicherer 2021». Und das hier im Kanton Tessin. Lange haben wir auf diesen Moment gewartet ... der Ceneri-Tunnel lässt grüssen. Aber jetzt sind wir endlich da.

Lugano – finalmente siamo arrivati! Cari amici, grazie per l'ospitalità.

Sehr geehrte Damen und Herren

Viele Monate standen wir im Bann der Coronapandemie. Noch ist sie nicht vorbei. Und doch sind wir in Aufbruchstimmung. Es geht vorwärts. Schritt für Schritt. Unsere Freiheiten kehren wieder zurück. Diese Freiheiten brauchen wir. Zuhause. In der Gesellschaft. Und auch in der Wirtschaft. Mit ihrer Flexibilität und ihrer Innovationskraft kann, ja, muss die Wirtschaft der Motor des Aufschwungs sein. Dazu braucht sie jedoch freiheitliche Rahmenbedingungen und eine massvolle Regulierung. Massvoll heisst: nur so viel wie nötig und so wenig wie möglich. Dieses Credo, sehr geehrte Frau Amstad, ist keinesfalls als Provokation an Ihre Adresse gedacht. Es soll vielmehr der Steilpass zu Ihrem anschliessenden Gastreferat sein, das Sie in Ihrer neuen Funktion als Verwaltungsratspräsidentin der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma) bei uns halten werden. Ein Steilpass deshalb, weil Sie bekanntlich viele Jahre als Professorin für Finanzmarktpolitik und Fintech an der Chinese University of Hong Kong in Shenzhen tätig waren. Entsprechend sind Sie nicht nur eine profunde Kennerin des chinesischen Finanzsektors, sondern sind auch bestens mit dem dortigen Staatsverständnis vertraut. Und dieses ist doch – wenn ich an mein voriges Credo anknüpfe – so ganz anders, als wir es in der Schweiz kennen. Herzlich willkommen, Frau Amstad!

Lehren aus der Pandemie Werte Anwesende

2020 war kein Jahr wie die anderen zuvor. Die über Nacht eingebrochene Abweichung vom Courant normal hat Gesellschaft, Politik und Wirtschaft auf eine harte Probe gestellt. Und sie tut es immer noch. Covid-19 hat auch unsere Verbandstätigkeit geprägt. In mannigfacher Weise. Wie überall stand für uns die Krisenbewältigung im Vordergrund. Gewohnte Abläufe, geplante Projekte und Veranstaltungen, beabsichtigtes Politiklobbying – alles wurde über den Haufen geworfen. Erst mit der Zeit haben wir realisiert, dass der Courant normal nicht über Nacht zurückkehrt. Die Pandemie hat wie ein Blitz eingeschlagen. Als Schlaglicht lenkte sie unser Bewusstsein unvermittelt auf dieses weltumspannende gesellschaftliche Risiko und dessen enorme Auswirkungen. Und ebenso schlagartig stellte das Virus auch gleich die bisherigen Topthemen des Sorgenbarometers in seinen Schatten. Seither sind einige Monate vergangen und mit etwas Distanz stellen wir fest: So unerwartet die Pandemie unseren Alltag in Beschlag genommen hat, sie verändert nicht alles. Als neues Toprisiko hat sie sich aber aus dem Nichts im Ranking jener Herausforderungen festgesetzt, die unsere Gesellschaft schon länger beschäftigen.

Etwas anderes hat uns die Coronakrise ebenso deutlich vor Augen geführt. Der Fakt, dass die grössten Risiken, die uns Menschen bedrohen, nicht allein von der Privatwirtschaft versichert werden können. Nur die Zusammenarbeit mit dem Staat kann hier Abhilfe schaffen. Wir haben deshalb in den vergangenen Monaten zusammen mit dem Bund ein partnerschaftliches Versicherungskonzept zum Schutz vor künftigen Pandemien ausgearbeitet. Leider vergebens. Ende März 2021 hat der Bundesrat dieser Lösung den Stecker gezogen. Der Entscheid ist für uns nicht nachvollziehbar, aber wir nehmen es sportlich. Die Pandemieversicherung ist nicht an der politischen Realität zerschellt, sondern ist fürs Erste abgeprallt an einem Gremium, das noch immer den Weg aus dem Krisenmodus sucht.

Das ist wenig erstaunlich, hat es der Staat in der aktuellen Coronakrise doch vorgezogen, mit seinem Mix aus Härtefallmassnahmen, Kurzarbeitsentschädigung und Erwerbsersatz die Rolle eines Versicherers zu übernehmen. Nur hat er dafür keine Prämien im Voraus erhoben, sondern gibt die Last im Nachhinein an den Steuerzahler weiter – und an die kommende Erwerbsgeneration. Zwischenstand: 60 bis 70 Milliarden Franken. Das ist weder nachhaltig, noch inspiriert es die Bevölkerung zur Selbstvorsorge für den nächsten Krisenfall. Bei so viel süßem Gift stellt sich die Frage, ob der Staat seine Pedale wiederfindet. Und sich künftig wieder zurücknehmen und sich selbst schützen kann. Nicht nur bei einer neuen Pandemie, sondern auch vor anderen Grossrisiken, die uns bedrohen. Cybercrime, Strommangellage und Seuchen verschwinden nicht so schnell wieder. Wir müssen vielmehr lernen, damit umzugehen. Diese Vorsorge hat ihren Preis. Sei es in Form von Prämien oder sonstiger Vorkehrungen zum Schutz von Gesellschaft und Wirtschaft.

Das grosse Ganze und die Rolle der Versicherer darin

Sehr geehrte Gäste

Die Pandemie hat viele hässliche Facetten. Trotzdem oder gerade deshalb sollten wir nicht *das grosse Ganze* aus den Augen verlieren. Dazu gehört etwas, was für jede und jeden von uns im persönlichen Leben von besonderem Wert ist: Ich rede von der Sicherheit. Ohne Sicherheit ist vieles nichts. Darum zählt die Gewährleistung von Sicherheit zu den Kernaufgaben des Staates. Darum sind jene Gesellschaften und Volkswirtschaften besonders erfolgreich, die nebst auf Freiheit auch auf Sicherheit aufbauen. Sicherheit für Leib und Leben, Rechtssicherheit, soziale Sicherheit. Was für den Staat gilt, gilt auch für die Unternehmen und das einzelne Individuum. Sicherheit ist ein kostbares Gut, in das Staat, Privatwirtschaft und Individuum aus guten Gründen investieren.

Als Versicherungsbranche leisten wir einen wichtigen Beitrag an die Sicherheit und Solidität einer Volkswirtschaft. Wir Versicherer übernehmen private und unternehmerische Risiken und helfen dadurch Menschen und Unternehmen, dass sie sich auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren können. Sprich, der Versicherungsschutz entlastet und schafft gleichzeitig unternehmerische Freiräume.

Die Finanzbranche, insbesondere die Versicherungswirtschaft, ist ein wichtiger Pfeiler des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Wir stehen für Sicherheit, Zuverlässigkeit und Vertrauen. Und deshalb tragen wir nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine gesellschaftliche und politische Verantwortung für unser Land. Wir sind als Branche bereit, diese **volkswirtschaftliche Verantwortung** zu übernehmen.

Welchen Weg gehen wir, dass uns dies gelingt? Wir konzentrieren uns auf die folgenden zwei Handlungsfelder: Erstens: die Sicherstellung adäquater politischer Rahmenbedingungen. Zweitens: die Bearbeitung wichtiger gesellschaftspolitischer Themen mit direktem und indirektem Bezug zur Versicherungswirtschaft.

Das erste Handlungsfeld habe ich zu Beginn meines Referats bereits gestreift. Hierzu nur noch Folgendes. Zu einer massvollen Regulierung gehört eine klare Aufgabenverteilung zwischen Staat und Wirtschaft. Mit Sorge beobachten wir, wie der Staat seinen Aufgabenkatalog ständig erweitert und sich dabei auch nicht scheut, in den freien Markt zu expandieren. Und damit den Privaten – notabene mit deren Steuergeldern als Garantie im Rücken – das Wasser abgräbt. Der Staat sollte sich stattdessen vielmehr auf sein Kerngeschäft zurückziehen und damit die Privatwirtschaft zugunsten des Wohlstands und der Wohlfahrt von uns allen stärken. Ob als Bank, Elektroinstallateur oder Unfallversicherer: der Staat kann es garantiert nicht besser als die Privaten.

Das zweite Handlungsfeld, das ich eingangs erwähnt habe, ist die Diskussion wichtiger gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Themen, die über das unmittelbare Tagesgeschäft hinausgehen. An Themen und Herausforderungen mangelt es nicht. Zukunft des Finanzplatzes, Umweltrisiken, Chancen und Risiken der Digitalisierung, neue Arbeitswelten, soziale Sicherheit und alternde Gesellschaft sind nur einige davon.

Volkswirtschaftliche Verantwortung wahrnehmen heisst für uns auch, uns mit unserer Expertise in diese Diskussionen einzubringen. Der politische Alltag bietet uns dabei reichlich Gelegenheit, für unsere Werte und unsere Überzeugungen einzustehen.

Nachhaltigkeit und CO₂-Gesetz

Lassen Sie mich drei solcher Themen kurz ausleuchten. Zuerst zur Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit bleibt mit und ohne Corona unverändert aktuell. Nachhaltigkeit ist auch Bestandteil des Geschäftsmodells unserer Branche. Sie ist gar Teil unserer DNA. Ihre Verankerung in Wirtschaft und Gesellschaft ist denn auch ein Schwerpunkt unserer Verbandsstrategie. Unsere ersten beiden Nachhaltigkeitsberichte zeigen, dass wir Wirkung erzielen wollen – und nicht bloss wie andere populäre Lippenbekenntnisse abgeben. Auch die Teilnahme am jüngsten Klimaverträglichkeitstest des Bundes unterstreicht die hohe Bereitschaft unserer Branche, sich mit freiwilligen, wirkungsvollen Massnahmen für einen nachhaltigen Finanzplatz zu engagieren. Der Weg ist lang. Wir gehen ihn weiter. Schritt für Schritt – zusammen mit dem SIF, der Finma, der SNB und unseren befreundeten Wirtschaftsverbänden.

Lang bleibt der Weg wohl auch beim CO₂-Gesetz. Unsere Branche hat diese Vorlage unterstützt. Im Nachhinein ist man immer gescheiter – und doch war das Unheil vorauszusehen. Bei der spektakulären Wiederbelebung der Vorlage hat der Ständerat ganz einfach über das Ziel hinausgeschossen. Eine wirkungsvolle Klimapolitik muss marktwirtschaftlich ausgerichtet und international abgestimmt sein. Vorgaben und Ziele müssen so gesetzt werden, dass sie für Gesellschaft und Wirtschaft ökonomisch verkraftbar und sozialverträglich sind. Sie dürfen nicht nur Appellcharakter haben und sollen keine Kollateralschäden verursachen. Diese Besonnenheit ist selbst im *Chambre de Réflexion* in der Hitze des Wahlherbstes 2019 abhandengekommen. Leider; denn der 13. Juni hat es wieder einmal gezeigt: Die Politik darf nicht überborden, sonst macht sie die Rechnung ohne das Volk. Und erst recht, wenn die gut gemeinten Massnahmen nicht nur realitätsfremd sind, sondern auch noch über das Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger bezahlt werden. Die Bürgerinnen und Bürger wissen selbst meist besser, wie ihr Geld für den gewünschten Zweck den grössten Segen bringt. Beherzigt die Politik diese Binsenwahrheit, ist der Weg frei für einen neuen Anlauf. Das Ziel bleibt für alle das gleiche: Wir wollen unseren Lebens- und Wirtschaftsraum langfristig sichern. Wir Versicherer helfen mit, dieses Ziel zu erreichen. Doch gefordert sind insbesondere auch die Realwirtschaft und wir Bürgerinnen und Bürger, um den Boden für eine wirkungsvolle, marktwirtschaftlich ausgerichtete Klimapolitik zu legen. Die Finanzwirtschaft darf nicht dazu missbraucht werden, Klimaziele zu erreichen, die mit direkten Massnahmen nicht realisiert werden können. Dies schadet nicht nur der Finanzwirtschaft ganz direkt, sondern letztlich auch den Konsumenten, die aufgrund einer solchen Verbotspolitik in ihren Rechten eingeschränkt werden.

Altersvorsorge

Ich komme zur Altersvorsorge. Wenn von Nachhaltigkeit die Rede ist, denken wir Privatversicherer nicht nur an unsere Umwelt, sondern genauso an die Vorsorge für Jung und Alt in unserem Land. Wer sich ganzheitlich für Nachhaltigkeit einsetzt, muss auch dieses Thema aufgreifen. Die demografischen Fakten liegen auf dem Tisch.

Der Handlungsbedarf ist offensichtlich. Wir dürfen den kommenden Generationen keine Schuldenberge hinterlassen. Die Reform der Altersvorsorge ist dringend und zwingend. Sie darf nicht weiter auf Kosten der Jungen hinausgezögert werden. Unsere Nachfahren erwarten Leistungsversprechen, die finanziert sind und finanzierbar bleiben. Den vom Bundesrat vorgeschlagenen Rentenzuschlag mit der Giesskanne lehnen wir deshalb dezidiert ab. Unser Ziel ist eine mehrheitsfähige Lösung, die sozialverträglich und für die Wirtschaft verkraftbar ist. Der Ball liegt nun beim Parlament. Dabei sind auch wir vom SVV uns bewusst: Entscheide in der Altersvorsorge sind nicht überall populär. Aber die Verantwortung nicht zu übernehmen, ist keine Option.

Bilaterales Verhältnis Schweiz-EU

Und dies bringt mich unweigerlich zum dritten und letzten gesellschaftlichen Brennpunkt, den ich ansprechen will. Das Rahmenabkommen Schweiz-EU. Im Versicherungsbereich gibt es seit vielen Jahren ein bilaterales Abkommen mit der EU. Mit unseren Schäfchen im Trockenen hätten wir uns also von Beginn an elegant aus der Debatte verabschieden können. Dies hat unserem Verband aber nicht genügt. Wir haben vielmehr auch die staatspolitischen Elemente in unsere Evaluation einbezogen. Dies zog uns denn auch automatisch auf die Seite jener, die der Sache nicht trauten und Klärungen verlangten. Nun, aus welchen Gründen auch immer, ist der Klärungsversuch gescheitert. Die Folge, der vom Bundesrat verkündete Verhandlungsabbruch, ist denn auch für uns vom SVV die logische Konsequenz. Der Bundesrat hat hier in einer schwierigen Ausgangslage ruhig Blut bewahrt, Verantwortung übernommen und damit auch Führungsstärke bewiesen. Er soll jetzt innenpolitisch die Reihen schliessen und das gute Verhältnis zu unseren Nachbarländern, zu den EU-Mitgliedstaaten und zur Europäischen Union pflegen und weiterentwickeln. Das braucht Zeit. Auf allen Seiten. Und dies scheint man sich in Bern und in den Hauptstädten der EU-Mitgliedstaaten bewusst zu sein. Ganz besonders bei unserem östlichen Nachbarn in Wien. Vor Jahrhunderten haben sich unsere beiden Länder, sehr geehrter Herr Brandstetter, ab und zu mal die Nase blutig geschlagen. Daraus hat sich mit der Zeit, trotz allen Neckereien, ein solides nachbarliches und auch sehr freundschaftliches Verhältnis entwickelt. Umso mehr freut es uns in der Schweiz, dass auch Ihr Bundeskanzler, Sebastian Kurz, sich mit Pragmatismus und gesundem Menschenverstand für ein konstruktives Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU einsetzt. Lassen Sie dies bitte Ihren Regierungschef bei nächster Gelegenheit wissen, gehen Sie doch – und davon bin ich überzeugt – öfters im Bundeskanzleramt am Ballhausplatz ein und aus.

Abschluss

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich komme zum Schluss. Einheit in der Vielfalt ist die Devise der Eidgenossenschaft. Und dies ist auch der Grundgedanke, von dem wir uns bei unserer Verbandsarbeit leiten lassen. Der SVV lebt von der Vielfalt seiner Mitgliedgesellschaften. Von den kleineren, in Nischen tätigen Unternehmen über die nationalen Allbranchenversicherer bis hin zu den globalen Playern. Trotz unterschiedlicher Ausrichtung sind sie alle durch ihre gemeinsamen Werte und Erwartungen verbunden: freiheitliche Rahmenbedingungen, massvolle

Regulierung und eigenverantwortliche Lebensgestaltung. Deshalb sind wir stets auch bestrebt, bei den zentralen Fragen, zu denen ich mich soeben geäußert habe, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Denn Einheit ist notwendig, wenn wir als Branche gehört und verstanden werden wollen. In der breiten Öffentlichkeit, in der Politik und bei Ihnen allen, die uns heute mit ihrer Anwesenheit beehrt haben.

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse an unseren Verbandsaufgaben, für Ihre Begleitung und für den Gedankenaustausch mit Ihnen heute und in der Zukunft. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!